Nr. 160. XVIII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Donnerstag, 28. März 1889.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Kaiser und Parlament.

Der Kaiser ist bei einem parlamentarischen Diner erschienen, und er hat bei dieser Gelegenheit einem Abgeordneten eine Ordens-Auszeichnung ertheilt, zum Zeichen der Anerkennung, wie es heißt, für dessen parlamentarische Thätigkeit. Die freisinnige Partei ist bei jenem Diner nicht vertreten gewesen, und der mit der kaiserlichen Auszeichnung überraschte Herr v. Huene ist kein Liberaler, sondern ein konservativ gerichteter Führer der Centrumspartei. Auch ist nicht recht ersichtlich, worin eigentlich die parlamentarischen Verdienste des Herrn v. Huene selbst im Sinne der Regierung bestehen sollen. Er soll für die Durchbringung der Marinekredite eine besonders wirksame Thätigkeit entfaltet haben. Eine solche ist aber in der Oeffentlichkeit nicht hervorgetreten. Weder in den Reichstagsverhandlungen über den Marine- und den Nachtragsetat, noch in den darüber gepflogenen Kommissionsverhandlungen hat Herr v. Huene sich irgendwie bemerklich gemacht. Ob er hinter den Kulissen für die Bewilligung der Regierungsforderungen operirt hat, entzieht sich der allgemeinen Kenntniß. Dagegen ist allgemein bekannt, daß er in der Septennatskampagne mit an der Spitze der Opposition gegen die siebenjährige Festlegung des Militäretats marschirte. Hat er inzwischen eine Wandlung durchgemacht? An maßgebender Stelle muß man das wohl annehmen, da die Ordensauszeichnung allgemein auf eine regierungsfreundliche Haltung und Wirksamkeit dieses Parlamentariers, mit besonderer Bezugnahme auf Militär und Marine, zurückgeführt wird.

Wie dem auch sei, die grundsätzliche Bedeutung dieser Vorgänge ist nicht zu unterschätzen. Die an höchster Stelle bekundete Würdigung parlamentarischen Lebens und parlamentarischer Verdienste, in welchem Sinne diese auch aufgefaßt sein mögen, verdient aufmerksame Beachtung. Daß der Kaiser das Bedürfniß empfand, in eine innigere persönliche Fühlung mit den Reichsboten zu treten, muß bei den Freunden konstitutioneller und parlamentarischer Einrichtungen eine Befriedigung erwecken, die durch den Ausschluß der freisinnigen Partei von jenem Parlamentsfeste im Reichskanzlerpalais nur wenig getrübt werden kann. Es ist doch ein Vorgang für engere Beziehungen zwischen Kaiser und Parlament geschaffen, die unter anderen Verhältnissen auch eine andere Gestalt annehmen könnten. Die jetzt vollzogene Annäherung wird, wie zu hoffen steht, die jetzige Reichstagsmehrheit überdauern und auch einer zu Gunsten des Liberalismus veränderten Mehrheit zu Gute kommen. Es ist damit eine Wandlung angebahnt, die sich für die Schätzung des parlamentarischen Einflusses und für das freundnachbarliche Einvernehmen zwischen Krone und Volksvertretung in der Zukunft einmal sehr heilsam erweisen kann.

Dasselbe gilt von der Herrn v. Huene zu Theil gewordenen Auszeichnung. Nicht diese an sich, sondern ihre Begründung ist es, die bemerkt zu werden verdient. Die „Post" konstatirt (wie bereits mitgetheilt) das Aufsehen, das sie in parlamentarischen Kreisen erregt hat, weil dies, soweit bekannt, bei uns der erste Fall sei, daß „parlamentarische Verdienste" um den Staat durch einen Orden anerkannt würden. Wir sind unbefangen genug, die Befriedigung hierüber zu theilen, obwohl der Vorgang noch eine andere Seite hat, auf die wir gleichfalls bereits kurz hingewiesen haben. Der Anschluß des Centrums oder doch eines Theiles dieser seither oppositionellen Partei an die Regierung wird dadurch in weithin erkennbarer Weise markirt, und es kann nicht fehlen, daß die Gerüchte über die „Kaltstellung" Windthorsts, die schon gelegentlich der Audienzen des Herrn v. Schorlemer-Alst beim Kaiser und beim Kanzler auftauchten, jetzt mit noch größerer Glaubwürdigkeit wieder aufleben. Der Zerfall des Centrums in seine mehr konservativen und mehr liberalen Bestandtheile, der seit dem Erlöschen des Kulturkampfes nur noch eine Frage der Zeit ist, wird damit in eine greifbarere Nähe gerückt. Das Centrum ging vielfach in Verfassungs- und Steuerfragen mit den Freisinnigen zusammen, ohne daß diese eine solche Bundesgenossenschaft gesucht hätten.

Schon seit geraumer Zeit war dieses Zusammengehen gelockert, es wird allmälig wohl ganz aufhören. Die konservative Richtung im Centrum, und diese ist die weit überwiegende, wird sich immer mehr der Regierung nähern und regierungsfähig werden. Den eigentlichen Nachtheil aber wird hiervon weniger die freisinnige, als die nationalliberale Partei haben, die in der gouvernementalen Centrumsgruppe eine gefährliche Nebenbuhlerin erhält. Die liberaleren Elemente der Windthorstschen Phalanx werden mit der Zeit nach links abschwenken, und es wird sich damit eine Scheidung vollziehen, die der Klärung unserer inneren Verhältnisse nur zu Statten kommen kann; der Gegensatz zwischen konservativ und liberal, der jetzt durch die Mischparteien der Klerikalen und Nationalliberalen verdeckt und verwischt erscheint, wird sich immer schärfer herausarbeiten; der Boden für eine gründliche und ehrliche Auseinandersetzung zwischen konservativer und liberaler Staatsauffassung wird geebnet werden, und in diesem Sinne begrüßen wir den Anschluß der Huene'schen Richtung an die Regierung als den Vorboten einer gesunderen Entwickelung unserer politischen Zustände.

Murat Halstead, der neue amerikanische Gesandte in Berlin.

Nicht John Kasson, wie vor einiger Zeit von verschiedenen Seiten übereinstimmend gemeldet wurde, auch nicht William Phelps, wie die Köln. Ztg. später wissen wollte, sondern Murat Halstead ist, wie wir bereits im Morgenblatt kurz meldeten, zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Berlin ernannt worden. Ueber die Persönlichkeit dieses neuen Diplomaten wird uns von befreundeter Seite geschrieben:

Herr Murat Halstead kommt, gleich seinem Vorgänger, dem derzeitigen Gesandten Herrn Pendleton, aus der Stadt Cincinnati, im Staate Ohio. Halstead wurde im Butler County nahe Cincinnati geboren, absolvirte eine Hochschule im Staate Ohio und widmete sich schon in jugendlichem Alter der Journalistik. Er war lange Zeit der Chefredakteur und einer der Miteigenthümer des „Cincinnati Commercial", einer republikanischen Zeitung, welche in den 60er und Anfangs der 70er Jahre eine gewisse Unabhängigkeit bekundete, später aber zum strammen Parteiorgan wurde und selbst Blaine als Präsidentschafts-Kandidaten warm unterstützte, obwohl dessen Kandidatur früher vom „Commercial" bekämpft worden war. Als der „Cincinnati Commercial" mit der gleichfalls in Cincinnati erschienenen „Gazette" vor mehreren Jahren verschmolzen wurde, und beide Zeitungen nachher unter dem Titel „Cincinnati Commercial-Gazette" erschienen, übernahm Halstead an der neuen Zeitung den Posten des ersten verantwortlichen Redakteurs.

Halstead zeichnete sich als Journalist stets durch eine gewisse Schneidigkeit aus und war, früher wenigstens, ein Feind der Mucker und ein Freund liberaler Weltanschauung, wie sie in erster Linie in Amerika von den Deutschen gehegt und gepflegt wird. Ein öffentliches Amt hat Halstead noch nie bekleidet, man hat daher auch noch keine Gelegenheit gehabt, sich über seine staatsmännischen oder diplomatischen Fähigkeiten ein Urtheil zu bilden.

Während des deutsch-französischen Krieges war er Beobachter des Feldzugs auf deutscher Seite, nachdem ihm von französischer Seite sein Gesuch, die französische Armee als Beobachter begleiten zu dürfen, abgeschlagen worden war.

Halstead verdankt seine Ernennung wohl hauptsächlich dem Umstande, daß er an der Spitze einer großen Zeitung steht, und sodann der Vorliebe des neuen Präsidenten für die Journalisten, von denen bereits mehrere zu hohen Aemtern erhoben wurden, wie denn auch der Gesandtschaftsposten in Paris einem Redakteur zugefallen ist. Murat Halstead, ein Mann in der Mitte der Fünfzig, spricht sehr gut deutsch und ist wegen seiner Deutschfreundlichkeit bekannt; man erzählt, er hätte aus persönlichen Gründen gern den Pariser Posten übernommen, mußte aber eben seiner deutschfreundlichen Gesinnung wegen davon abstehen. Wenn er auch nicht über dasselbe Maß akademischer Bildung verfügt, wie seine Vorgänger Pendleton und White, so kann man von ihm vermöge seines gesunden Urtheils und seiner scharfen Beobachtungsgabe doch erwarten, daß er seines Amtes zur Zufriedenheit beider Länder walten wird.

Gleichzeitig mit der Ernennung Halsteads zum diesseitigen Gesandten wurde für den Londoner Gesandtschaftsposten Robert Lincoln ausersehen, dessen Hauptverdienst wohl darin gipfeln dürfte, daß er der Sohn eines großen Vaters, des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Abraham Lincoln ist. Lincoln hat bereits das Mandat eines Abgeordneten für den Vereinigten Staaten-Kongreß innegehabt und ist von Beruf Jurist.

Der neue amerikanische Gesandte am russischen Hofe, Allan Thorndyke Rice, ist gleichfalls Journalist; er ist zur Zeit Herausgeber der in Newyork erscheinenden „North American Review".

Zur Lage in Ostafrika.

(Von unserem Korrespondenten.)

Zanzibar, 4. März.

Ueber die Zerstörung der Missionsstation Pupu kann ich nach den Erzählungen der beiden Missionare, welche sich nach Zanzibar retteten, noch Folgendes nachträglich melden. Die Schwester Martha wurde gleich beim ersten Anprall in der Kapelle durch einen Schuß von rückwärts getödtet; sie ist sofort todt zusammengesunken. Die an ihrer Leiche später konstatirten Verstümmelungen müssen erst nach ihrem Tode vorgenommen sein. Die Angreifer sind auch keine Leute Buschiris gewesen, der die Missionen noch heute respektirt, sondern sie sind aus dem Innern herbeigezogen, um sich aus Beutegier am Kampfe zu betheiligen. Da die Boote häufig aus Elephantenbüchsen beschossen werden, so vermuthe ich, daß die Bande zu den Elephantenjägern gehört, welche seit Jahren ihr Jagdrevier zwischen dem Nyassa und dem Rikwa-See hat und in bestimmten Zwischenräumen Raubzüge durchs ganze Land unternimmt. Hinterher hat sich die Bande mit Buschiri in Verbindung gesetzt und demselben die Gefangenen überlassen. Meine verfrühte Meldung über die Auflösung der Missionare ward dadurch veranlaßt, daß damals nur die Oberin an die französische Mission in Bagamoyo ausgeliefert wurde. Die beiden Brüder mußten wieder zurückgeschickt werden, da Buschiri für deren Freilassung außer den geforderten 6000 Rupien auch noch die Auslieferung aller gefangenen Araber und sämmtlicher ihm in den verschiedenen Kämpfen abgenommenen Waffen verlangte.

In der Nacht vom 18. auf den 19. Februar hatten die Araber einen Anschlag auf die englische Mission in Zanzibar selbst geplant, um von dort das weibliche Personal, das heißt die dort untergebrachten befreiten Sklavinnen, zu entführen. Trotz der Kriegsschiffe im Hafen und unter den Kanonen des englischen Panzerschiffes „Agamemnon" sind sie des Nachts mit einer Dhau bei der englischen Mission gelandet und suchten die Weiber zur Flucht zu überreden. Durch den verursachten Lärm wurde der Präfekt munter und schließlich das Komplot vereitelt; seitdem zieht jeden Abend eine Sultanswache in der Mission auf. Davon melden aber die Engländer schlauer Weise nichts; denn ihnen kann ja angeblich so etwas gar nicht passiren. Die Ursache dieser Verwegenheit mag wohl darin liegen, daß in diesem Jahr eine ungewöhnlich ergiebige Nelkenernte erwartet wird und nirgends Arbeiter zu bekommen sind.

Kleine Gefechte um Dar-es-Salam und Bagamoyo finden fortwährend statt, doch verlautet darüber nichts Näheres. Vor einigen Tagen hat in Bagamoyo Buschiri ins Usagara-Haus drei Bomben geworfen, die jedoch nicht zündeten; woher er das Material genommen, das wissen die Götter. Vor ein paar Tagen hat Lieutenant zur See Meier (von der „Leipzig") eine Dhau abgefangen, die drei gute Bronze-Geschütze an Bord hatte; man munkelt hier, daß dieselben aus dem Geschützpark des Sultans stammen. Desgleichen hat Lieutenant Meier, wie ich Ihnen soeben telegraphisch meldete, in einem Gefecht bei Bagamoyo den Aufständischen unter Buschiri die Geschütze wieder abgenommen, die dieser von der Deutschostafrikanischen Gesellschaft erbeutet hatte. Lieutenant Meier machte mit Marinesoldaten, mit vier Beamten der Deutschostafrikanischen Gesellschaft und deren Askaris einen Ausfall und brachte den Arabern empfindliche Verluste bei. Buschiri soll verwundet sein, Bestätigung dieses Gerüchts konnte bis jetzt hier noch nicht eintreffen.

Die englischen Sensationsnachrichten von häufigem Festsitzen der deutschen Schiffe sind unwahr und geben lebhaftes Zeugniß von den frommen Wünschen unserer Freunde. Wenn wirklich einmal ein Schiff eine Viertelstunde festgefahren ist, ohne irgend welchen Schaden zu nehmen, so halte ich das für keinen Grund, beunruhigende Nachrichten in die Welt zu setzen; übrigens passirt das Malheur den Engländern häufiger als den Deutschen.

Das neue Gewerbegesetz in der Türkei.

(Von unserem Korrespondenten.)

Konstantinopel, 21. März.

Die durch den Telegraphen immer wieder verbreitete Nachricht von einer in der Türkei bevorstehenden „Gildensteuer" oder „Patentsteuer" giebt in Europa zu den kirchlichsten Vorstellungen Veranlassung. An die hiesigen fremden Vertreter gelangen zahllose Anfragen, besonders auf Grund der Voraussetzung, daß es sich hier um ein Patentgesetz im hergebrachten Sinne, also um ein Gesetz zum Schutz von Erfindungen u. s. w. handle. Aber weder um eine „Gildensteuer" wie in Rußland, noch um die andere Kategorie dreht es sich, sondern einfach um Einführung einer Gewerbesteuer, wie solche in den meisten Staaten besteht.

Bisher haben in der Türkei die nichttürkischen Unterthanen ihr Geschäft ohne irgend welche Abgaben betrieben. Gegen diese offenbare Ungerechtigkeit haben besonders die Rajahs, d. h. die christlichen Unterthanen des Sultans (Griechen, naturalisirte Italiener, die sogenannten „Levantiner") wiederholt Klage geführt, aber eine Abstellung des Uebelstandes war nur möglich durch Abänderung der zwischen der Türkei und den fremden Mächten bestehenden Kapitulationen, wonach deren Staatsangehörigen freier Gewerbebetrieb zugesichert ist. Die Pforte entschloß sich, die nothwendige Aenderung zu beantragen, und die fand überall prinzipielle Zustimmung. Die Staaten machten ihrerseits gewisse Bedingungen geltend, die sich in der Hauptsache um die Form der Einhebung, über Beschwerderecht u. s. w. bewegten.

Deutschland, England und Oesterreich-Ungarn kamen am ehesten ganz ins Reine mit der Pforte, und auch der übrigen Staaten glaubte man nach fortgesetzten Verhandlungen sicher zu werden. So hatte die türkische Regierung das Gesetz am 1./13. Mai dieses Jahres wirksam werden lassen wollen. Aber da erhob plötzlich Ende Januar Rußland die Einwendung, daß ohne vorherige Aufhebung der türkischen Zünfte das Gesetz eine ungleiche Vertheilung der Lasten bedingen würde; außerdem sollten die gegenüber der bisherigen Steuerfreiheit sich ergebenden Mehreinkünfte und Ueberschüsse zur Befriedigung der Ansprüche russischer Gläubiger (aus der Kriegszeit) verwendet werden. (Hierzu sei bemerkt, daß dem Gesetz nach diese Ueberschüsse der Verwaltung der türkischen Staatsschuld für allgemeine Tilgungszwecke zugeführt werden sollen.)

Auch der französische Botschafter erhob eine Reihe technischer Einwendungen, und der italienische zeigte sich ganz abgeneigt, nachdem die Pforte in Sachen der von Italien hier geplanten Errichtung italienischer Schulen sich auf einen spezifisch türkischen Standpunkt gestellt hatte. Unter solchen Verhältnissen wird natürlich das Gesetz an dem festgesetzten Tage nicht in Wirksamkeit treten können und dieser Termin ist auch vorläufig jedenfalls auf Monate hinausgerückt. Man nimmt an, daß Rußland schließlich nachgeben werde, nachdem die Pforte den berechtigten Geldansprüchen des Czarenreichs, sowohl den hier erwähnten, als den aus der Kriegsentschädigung abgeleiteten, theilweise Rechnung getragen hat.

Die Einsprache Rußlands entsprang mehr dem Prinzip, „es den Türken nicht gar zu leicht zu machen". Frankreich wird sich dann dem Beitritt auch nicht entziehen, trotzdem seine hiesigen Kolonisten sehr turbulente Leute sind, welche der Gedanke, eine gerechte Steuer zu zahlen, und zwar eine verhältnißmäßig unbedeutende, mit Entsetzen erfüllt. Frankreichs Stellung in der Frage ist thatsächlich mehr durch das Ungestüm und den Geiz seiner hiesigen „Republikaner" bedingt, als durch sachliche Gründe. Italien wird schließlich auf dem Wege der Kompensation zustimmen. Auch Oesterreich hat nachträglich — gewissermaßen um die Pause auszufüllen — noch einige berechtigte und auch im Sinne Deutschlands gehaltene Wünsche betreffs der Einziehung der Steuer vorgebracht. Wenn jetzt Alles glatt geht, wird das Gesetz am 13. Oktober wirksam werden.

Zum Schluß nochmals für alle deutschen Interessenten: es giebt hier weder „Gilden" noch ein „Patentgesetz", und das, was kommen wird, nämlich die hier charakteristische „Gewerbesteuer" (impôt des patentes, daher der Irrthum) wird keinem Fremden hier das Geschäft erschweren.

Graf Peter Schuwaloff in russischer Beleuchtung.

(Von unserem Korrespondenten.)

St. Petersburg, 25. März.

Wir haben bereits telegraphisch gemeldet, daß die russischen Residenzblätter in ihren dem Grafen Peter Andrejewitsch Schuwaloff gewidmeten Nekrologen den hervorragenden Eigenschaften des Verstorbenen volle Gerechtigkeit widerfahren lassen, dichtweg aber (mehr oder weniger scharf ausgedrückt) hinzufügen, daß Rußland von diesen seinen glänzenden Eigenschaften nur wenig profitirt habe.

Hauptsächlich sind es drei Momente in der an politischen Ereignissen so reichen Laufbahn des Verstorbenen, die ihn seinen russischen Landsleuten unsympathisch machten: als Chef der dritten Abtheilung haßten sie ihn, weil jener andern Chef dieser nun zum Glück aufgehobenen schlimmsten russischen Institution! Des Weiteren machen sie ihm bekanntermaßen für die „Zurücksetzung" verantwortlich, die Rußland auf dem Berliner Kongreß erfuhr, und dann werfen sie dem Grafen vor, er habe durchaus nicht genügend als Botschafter in London die russischen Interessen auf der Balkanhalbinsel und in Asien England gegenüber vertreten, sich sogar mehrfach durch Lord Beaconsfield arg düpiren lassen. In letzterer Beziehung führt die „Nowoje Wremja" in ihrem (erst heute veröffentlichten) Nekrolog als angebliche Thatsache an, der „schwache,